Geburtsstation bleibt trotz Bürgerentscheid geschlossen

A augsburger-allgemeine.de/illertissen/Geburtsstation-bleibt-trotz-Buergerentscheid-geschlossen-id50446871.html

Illertissen

28.02.2018



Der Landkreis Neu-Ulm wird den Bürgerentscheid zum Erhalt einer Geburtsstation in Illertissen nicht umsetzten.

Bild: Alexander Kaya (Archivbild)

Die Geburtsstation in Illertissen wird geschlossen bleiben, obwohl sich die Bürger in einem Bürgerentscheid dafür ausgesprochen haben.

Der Landkreis Neu-Ulm wird einen Bürgerentscheid zum Erhalt einer Geburtshilfestation in Illertissen nicht umsetzen. Wie das Landratsamt am Mittwoch berichtete, wird es im südlichen Kreis "bis auf weiteres" keine Geburtshilfe geben. Dies habe der Kreistag mit der jüngsten Klinikreform beschlossen.

Kreis setzt den Bürgerentscheid zum Erhalt der Geburtsstation nicht um

Die Geburtshilfe Illertissen ist seit längerer Zeit geschlossen. Allerdings hatten sich die Bürger des schwäbischen Kreises im Oktober 2016 mit Zwei-Drittel-Mehrheit für den Erhalt der Einrichtung ausgesprochen. Dennoch bleibt die Geburtshilfe nun zu, die werdenden Mütter in der Region müssen weiterhin zur Geburt nach Neu-Ulm fahren.

"Der Betrieb einer geburtshilflichen Hauptabteilung in Illertissen würde das Defizit der Kreisspitalstiftung um jährlich vier Millionen Euro erhöhen", begründete die Kreisbehörde die dauerhafte Schließung trotz des gegenteiligen Bürgervotums. "Zudem ist es kurzfristig nicht möglich, das notwendige Personal wie Hebammen, Gynäkologen und Krankenschwestern zu bekommen."

Grund waren die Millionendefizite der Kreiskliniken

Bereits wenige Wochen nach dem Urnengang hatte das Landratsamt angekündigt, dass es <u>möglicherweise dem Bürgerwillen nicht folgen werde</u>. Landrat Thorsten Freudenberger (CSU) hatte damals erklärt, dass der Kreistag einen Bürgerentscheid aufheben könne, wenn sich die Sach- oder Rechtslage nach der Abstimmung wesentlich geändert habe. Dies sah die Behörde aufgrund der Millionenverluste des Trägers der Kreiskliniken als gegeben an. In diesem Jahr wird ein Minus von mehr als sechs Millionen Euro erwartet. *(dpa)*